

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

... Fernsprecher M 8538. ...
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 9

Cöln, den 22. April 1916.

IV. Jahrgang.

Unser Verband im Jahre 1915.

Allgemeines.

Das Jahr 1915 war ein volles Kriegsjahr. Dadurch wurden sowohl die Mitgliederbewegung, wie die Kassenverhältnisse stark beeinflusst. Jedoch nicht in so ungünstigem Sinne, wie es befürchtet werden konnte. Verglichen mit den Verhältnissen mancher anderer Verbände, insbesondere der Industriearbeiterverbände ist unser Verband noch glimpflich über dieses schwere Jahr hinweggekommen. Die Mitgliederziffer ist zwar um 741 gesunken. Es sind aber 587 zum Militärdienst eingezogen worden, sodaß außer diesen der Verlust nur 154 Mitglieder beträgt.

Der Vermögensbestand der Hauptkasse hat gleichfalls nicht den befürchteten Verlust erlitten, ist vielmehr noch um 2700 Mk. höher wie am Schlusse des Vorjahres. Was die Tätigkeit des Verbandes zur Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder anbelangt, so war auch diese sehr umfangreich und — erfolgreich. Beschränkte sie sich anfangs des Jahres noch überwiegend mit der Abwehr von Verschlechterungen, so konnte und mußte sie während der übrigen Zeit sich auf die Erzielung von Verbesserungen, namentlich von Teuerungszulagen, erstrecken.

In den städtischen Betrieben, insbesondere bei den Straßenbahnen, gleich ob städtisch oder privat, hat im Laufe des Berichtsjahres die Frauennarbeit einen großen Umfang angenommen. Da man bei ihrer anfänglichen Verwendung noch mit einer baldigen Beendigung des Krieges rechnete, so wurde bezg. der Organisierung der Frauen vorerst eine abwartende Stellung eingenommen. Diese wurde aber gegen Ende des Jahres bezw. zu Beginn des Jahres 1916 aufgegeben und der Gewinnung der Frauen für den Verband ebenfalls näher getreten. An einzelnen Stellen mit Erfolg.

In Verbindung mit dem starken Geldbedarf des Reiches und der Bundesstaaten infolge des Krieges wurde auch der Gedanke, ein Elektrizitätsmonopol zu schaffen, eifrig erörtert. Bayern und besonders Sachsen haben die Angelegenheit bereits energisch in die Hand genommen. Diese Frage ist für die Gemeinden von erheblicher Bedeutung wegen des in ihren Elektrizitätswerken investierten Kapitals, aber auch für die betr. Arbeiter wegen der eventuellen Gestaltung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse. Ob die sich ergebenden Schwierigkeiten sobald überwunden werden können, ist noch sehr fraglich, ebenso, welche Stellung die übrigen Bundesstaaten und besonders das Reich, einnehmen werden. Jedenfalls handelt es sich auch für die Gemeindegewerkschafter hierbei um eine große und schwierige Frage, die lebhaftes Interesse beansprucht.

Mitgliederbewegung.

Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist, zählte der Verband zu Beginn des Jahres 80 Ortsgruppen, am Schlusse jedoch nur noch 66, also 14 weniger. Im letzten Jahresbericht sagten wir bereits: „Leider wird damit zu rechnen sein, daß noch weitere Ortsgruppen während der Kriegsdauer eingehen, da es an einzelnen Stellen an jeglicher Leitung fehlt.“ Das hat sich also vollauf bewahrheitet, war auch vorauszusehen, da bereits Ende 1914 Anzeichen dafür vorlagen, daß diese Ortsgruppen sich nicht würden erhalten lassen.

Ortsgruppen und Mitglieder im Jahre 1915.

Quartal	Ortsgruppen			Mitgliederbewegung				
	Bestand am Anfang	ab	Bestand am Schluß	Bestand am Anfang	Zugang	Abgang	Bestand am Schluß	Also weniger
1.	80	13	67	2646	142	461	2327	318
2.	67	1	66	2327	82	363	2046	281
3.	66	—	66	2046	51	177	1920	126
4.	66	—	66	1920	101	116	1905	15
	80	14	66	2646	376	1117	1905	741

Die Mitgliederzahl, die zu Beginn des Jahres noch 2646 betrug, ist am Jahreschluß auf 1905 gesunken, also um 741. Der Gesamtzugang betrug aus Aufnahmen und Uebertritten 376, der Gesamtabgang 1117 Mitglieder. Den stärksten Zugang hatte das 1. Quartal zu verzeichnen, dann folgen das 4. und 2. Quartal; den geringsten hatte das 3. Quartal. Goffentlich hält die Besserung, die sich im 4. Quartal zeigte, auch weiterhin an. Von dem Abgang, der sich erfreulicherweise von Quartal zu Quartal verringerte, entfallen allein 587 auf Mitglieder (darunter 2 Verbandsbeamte), die zum Seeresdienst eingezogen wurden. Da diese Zahl am 1. Januar 1915 1706 betrug, erhöhte sie sich bis zum 31. Dezember auf 2293. Von diesen haben im Laufe des Jahres 83 den Geldtod erlitten, womit die Zahl der gefallenen Verbandsmitglieder sich auf 114 erhöhte. Außerdem starben 15 Mitglieder. All diesen wackeren Kollegen wird im Verbandsbande ein ehrendes Andenken bewahrt. Im Laufe des Jahres erhielten noch 37 Mitglieder das Eisene Kreuz und andere Ordens-Auszeichnungen, womit deren Zahl auf 48 bis zum Jahreschluß gestiegen ist.

Wie die Erfahrung früher und auch während des Krieges gelehrt hat, hängt die Entwicklung der Ortsgruppen wesentlich von der Tätigkeit der Vorstände und Vertrauensleute ab. Von Vorstandsmitgliedern sind bereits über 100 zum Heere eingezogen, aber von den zurückgebliebenen Kollegen, die diese Posten ausfüllen, darf erwartet werden, daß sie alles tun, um die Verbandsfrage hochzuhalten.

Städte und Ernährungsfrage.

Der deutsche Städtetag hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er Vorsorge für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im kommenden Erntejahr verlangt. Es heißt da:

„Bisher sind alle Maßregeln des Reiches, welche auf die Sicherung, sparsame Verwendung und gerechte Verteilung unseres Vorrates an Lebensmitteln abzielten, im Laufe des Erntejahres unter dem Drange augenblicklicher Ereignisse und Ermägungen erlassen worden. Wir sehen an dieser Stelle davon ab, diese Maßnahmen einer näheren Erörterung zu unterziehen. Nach den mit ihnen gemachten Erfahrungen ist es aber jetzt zur Vorbereitung eines etwaigen dritten Kriegserntejahres dringend erforderlich, für die wichtigsten Nahrungsmittel von vornherein ein Programm festzulegen, welches sich auf dieses ganze Erntejahr erstreckt und mit festem Willen durchgeführt wird. Wir erlauben uns, auf das Lebhafteste zu befürworten, daß schon die allernächste Zeit, die Monate des Frühlinges und Frühsummers zur Ausarbeitung eines solchen Programms benutzt werden, und werden es mit besonderem Danke begrüßen, wenn wir zur Mitarbeit hieran sobald als tunlich herangezogen werden.“

Im allgemeinen glauben wir, daß die Sicherstellung der Nahrungsmittel je wirkungsvoller sein wird, je mehr sie sich auf die hauptsächlichsten Nahrungsmittel beschränkt. Der Erfolg solcher Maßregeln aber muß sein, daß Stadt und Land gleichmäßig bedacht werden. Denn die Entwicklung der letzten Zeit hat in der städtischen Bevölkerung das Bewußtsein wachgerufen, daß sie bei der Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln vielfach der ländlichen Bevölkerung nicht völlig gleich steht. Deshalb ist die Frage gerechter Verteilung für die städtische Bevölkerung von gleicher Wichtigkeit wie die Vorratsfrage und die Preisfrage.

Wir halten es für notwendig, daß die der städtischen Bevölkerung zugewiesene Brotmenge so hoch wie irgend möglich bemessen wird, selbstverständlich unter Vermeidung jeder in ihrer Durchführbarkeit nicht völlig gesicherten Entschließung. Hinsichtlich der Kartoffeln, die neben dem Brot die Grundlage der Volksernährung bilden und deren Kopfmenge mithin ebenfalls nicht gering sein darf, sind wir der Meinung, daß die Sorgen und Unmöglichkeiten dieses Frühjahres und Winters sich nicht wiederholen dürfen. Für sehr bedeutungsvoll halten wir weiter eine Erfassung der Zuckervorräte, die den deutschen Zuckerreichtum sachgemäß während des ganzen Jahres seinen einzelnen Verwendungszwecken zuführt. Auch die Fleischversorgung der Bevölkerung wird von der bevorstehenden Ernte abhängen, da nur diejenigen Ertragnisse als Viehfutter zur Verwendung gestellt werden dürfen, die für die unmittelbare menschliche Ernährung nicht erforderlich sind.

Von besonderer Bedeutung für die städtische Bevölkerung ist die Erhaltung der Milchkuhe. Wir hegen überhaupt die Hoffnung, daß an die Regelung der Fleischversorgung sich eine wirkliche Regelung auch der Butter- und Milchversorgung anschließen wird. Bei der Butter ist der jetzige Zustand, wonach in weiten ländlichen Kreisen keinerlei Mangel herrscht, in den Städten aber vielfach ernste Not besteht, in hohem Maße unbefriedigend.

Völlig im Ungewissen steht zurzeit noch die Gemütsversorgung. Auch dem Ausland gegenüber wird es unseres Erachtens von segensreicher Wirkung sein, wenn recht bald unsere Volksernährung für das nächste und die kommenden Erntejahre in einer Weise sichergestellt wird, die die Feinde jeder Hoffnung auf innere Schwierigkeiten des Deutschen Reiches beraubt.“

Diese Forderungen decken sich mit dem, was wir schon häufig zu dieser Angelegenheit gesagt haben. Wir wünschen der Eingabe einen vollen Erfolg.

Von der Straßenbahn- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft.

Aufgabe der Unfallversicherung ist es, für die Schäden Ersatz zu leisten, die versicherte Personen durch Betriebsunfälle erlitten haben. Daneben ist ihnen aber auch das Recht verliehen, auf möglichste Einschränkung der Unfallgefahren hinzuwirken. Das kann durch Erlaß besonderer Unfallverhütungsvorschriften, Revision der Betriebe und sogar durch Verhängung von Strafen geschehen. Träger der Versicherung sind die Berufsgenossenschaften. Da die Unternehmer allein die Kosten für die Unfallversicherung zu tragen haben, sind die Versicherten (Arbeiter und Beamte mit einem Einkommen bis 5000 Mk.) an der Verwaltung nicht beteiligt. Die einzige Mitwirkung der Arbeiterschaft erstreckt sich auf den Erlaß der Unfallverhütungsvorschriften. Vor uns liegen die Verwaltungsberichte über die Jahre 1912, 1913 und 1914. Wir beschränken uns darauf, in der Hauptsache den Bericht aus dem Jahre 1914 zu besprechen.

Darnach waren im Laufe des Jahres 567 Betriebe angeschlossen mit 137 500 versicherten Personen gegen 118 179 im Jahre 1913. Die zur Umlageberechnung dienende Lohnsumme fiel von 134 430 803 Mk. im Jahre 1913 auf 127 622 566 Mk. Die Zahl der versicherten Personen, auf Vollarbeiter umgerechnet, ergibt 83 603 Beschäftigte mit je 300 Arbeitstagen zu 10 Arbeitsstunden im Jahre 1914 gegen 95 375 im Jahre 1913. Das ist ein eigenartiges Bild, dessen Grund im Kriege zu suchen ist. Während also die Zahl der überhaupt in Betracht kommenden Arbeiter um mehr als 19 000 höher war wie im Vorjahre, ist die Zahl der Vollarbeiter um fast 7000 gesunken. Dementsprechend auch die Lohnsumme um nahezu 7 Millionen Mk. Als Versicherungsbeitrag waren im Durchschnitt pro Kopf des Versicherten 11.75 Mk. und auf 1000 Mk. Lohn 12.25 Mk. aufzubringen.

Die Zahl der Unfallmeldungen betrug im Berichtsjahre 6 532 gegen 6 430 im Jahre 1913, 5 801 im Jahre 1912 und 5 290 im Jahre 1911. Sie zeigen also eine stark steigende Tendenz von Jahr zu Jahr und trotz der im Berichtsjahre viel geringeren Arbeiterzahl. Erstmalige Entschädigungen wurden jedoch nur festgesetzt für 678 Unfälle, (1913:645, 1912:643, 1911:523), während 5 588 Unfälle nicht entschädigungspflichtig waren, da sie vor der 14. Woche geheilt waren, und für 402 Unfälle Entschädigungsansprüche abgewiesen wurden; 987 Unfälle waren am Schluß des Jahres noch in Behandlung. Im Jahre 1914 wurden für insgesamt 3 841 Unfälle Rente oder sonstige Kosten im Betrage von 1 155 031 Mk. gezahlt. Seit dem 1. Oktober 1885, dem Tage des Bestehens der Berufsgenossenschaft bis zum 31. Dezember 1914 wurden für Unfallentschädigungen 12 570 790 Mk. gezahlt.

Ueber die Unfallursachen und Unfallverhütung läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

„Durch die polizeibehördliche Untersuchung jedes entschädigungspflichtigen Unfalles ist der Tatbestand des Unfalles dahin aufgeklärt worden, daß als Unfallursache sich ergeben hat: in 7 Fällen mangelhafte Betriebseinrichtungen, ungenügender Schutz oder ungenügende Anweisung; in 173 Fällen Unachtsamkeit oder

Ungechicklichkeit; in 31 Fällen Leichtsin, Handeln wider Vorschrift, Beseitigung oder Nichtbenutzung vorhandener Schutzmittel; in 101 Fällen Schuld dritter Personen; in 350 Fällen die allgemeine Betriebsgefahr und in 16 Fällen Zufälligkeiten oder höhere Gewalt.

Die graphischen Darstellungen über die Zahl der Unfälle, geordnet nach Dienstjahren der Verunglückten, zeigen, daß im Berichtsjahre wiederum 223 Unfälle = 30,40 Prozent der Verunglückten bedienstete betroffen haben, welche im ersten Dienstjahre standen; davon sind 102 Versicherte (im Vorjahre 90) während der ersten 3 Monate ihrer Dienstzeit verunglückt. Daraus dürfte der Schluß zu ziehen sein, daß die Ausbildung der neu eingetretenen Bediensteten in Bezug auf die Beachtung der Betriebsgefahren und Unfallverhütungsvorschriften zu wünschen übrig läßt.

Wir wiederholen immer wieder aufs dringendste unsere früheren Ersuchen an die Genossenschaftsmitglieder, durch ihre Betriebsleiter, Aufseher u. a. das Betriebspersonal genügend ausbilden zu lassen, ihnen auch die sorgfältige Beachtung der Betriebs- und Unfallverhütungsvorschriften zur Pflicht zu machen und die Benutzung der vorhandenen Schutzvorrichtungen ständig zu überwachen. Wir werden Anzeigen wegen Uebertretung der Unfallverhütungsvorschriften oder Nichtbenutzung vorhandener Schutzvorrichtungen besondere Beachtung schenken, um den Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen."

Der letzte Passus kehrt alljährlich in den Berichten wieder. Er zeigt jedenfalls, daß diese Mahnungen nicht in dem nötigen Maße beobachtet werden und die Ausbildung vielfach oberflächlich betrieben wird.

Uebersicht über die im Jahre 1914 erstmals entschädigten Personen.

Art des Betriebes	Durchschnittliche Zahl d. Versicherten	Zahl und Geschlecht der Verletzten			Folgen der Verletzungen				
		männl.	weibl.	zusamm.	Tod	vollige	teilweise	vorübergehende	Zusammen
1. *Bergbahnen (Drahtseilbahnen) mit elektrischer od. sonstiger mechan. Kraft; elektr. betriebenen Straßenbahnen.	69870	487	12	499	36	25	286	152	499
2. Nebenbahnähn. Kleinbahnen mit elektr. Kraft	2359	30	—	30	2	2	17	9	30
3. Straßenbahnen mit tierischer Zugkraft.	295	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Elektr. Schwebbahnen.	135	2	—	2	—	—	—	2	2
5. Nebenbahnähn. Kleinbahnen mit Dampfbetrieb.	15969	139	2	141	18	6	84	33	141
6. Bergbahnen (Zahnradb.) mit Dampfbetrieb.	52	1	—	1	—	—	1	—	1
7. Anschluß. mit Dampfbetrieb.	243	3	—	3	—	—	2	1	3
8. Straßenb. mit Dampfbetrieb.	164	2	—	2	—	—	1	1	2
9. Feld- Forst- und Rutschbahnen.	11	—	—	—	—	—	—	1	—
10. Anschluß. mit Hand- und Tierbetrieb.	5	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	88603	664	14	678	56	33	391	193	678

Nach dieser Uebersicht sind demnach bei den elektrischen Straßenbahnen die meisten Personen beschäftigt, wie sie auch mit der Zahl der Unfälle an erster Stelle stehen. Am zweithöchsten stehen die Kleinbahnen mit Dampfbetrieb. Von besonderem Interesse sind die Berichte des technischen Aufsichtsbeamten, auf die wir in einem weiteren Artikel eingehen wollen.

*) Im Jahre 1912 und 1913 hatten diese Bergbahnen keinen einzigen Unfall aufzuweisen. Die Zahl der Versicherten betrug i. J. 1912:207 und im Jahre 1913 nur 74. Es handelt sich also bei den Angaben unter Nr. 1 eigentlich nur um elektrisch betriebene Straßenbahnen. Bis zum Jahre 1913 wurden diese Betriebe auch gesondert aufgeführt. Eine glückliche Idee war es nicht, sie mit den Berg- (Drahtseil)-bahnen in einen Topf zu werfen.

Rundschau.

Auszeichnungen. Das Eisene Kreuz erhielten die Kollegen Josef Deikel und Peter Rothmann, beide Gemeindefabrikanten. Koll. Deikel liegt zurzeit in Mannheim im Lazarett. Koll. Rothmann wurde auch zum Unteroffizier befördert. Gleichfalls zum Unteroffizier befördert wurde der Kollege Gustav Kleinpopp, Kassierer der Ortsgruppe Baden-Vichtenthal. Wir gratulieren den wackeren Kollegen von Herzen.

Die Versorgung der Angehörigen vermisser Kriegsteilnehmer. Die besonders traurige und schwierige Lage der Angehörigen vermisser Kriegsteilnehmer wird durch die Unstimmigkeiten der Gesetzgebung und die Uneinheitlichkeit ihrer Auslegung noch bedrückender. Der Arbeitsausschuß der Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge hat sich deshalb unter Darlegung der Verhältnisse auf Grund der ihm zugegangenen Beschwerden und Klagen mit einer Eingabe an den Herrn Reichsanzler, das Reichsamt des Innern, das Kriegsministerium und den Reichstag mit dem Ersuchen um Abhilfe gewandt. Es handelt sich um Festsetzung einer einheitlichen Wartekrist (für den westlichen Kriegsschauplatz etwa von einem Jahr), nach deren Ablauf der Vermisste als verschollen bzw. als tot gelten soll, so daß an seine Angehörigen die zuständigen Leistungen aus dem Militär- und Zivilverhältnis, der Sozialversicherung und möglichst aus der Privatversicherung unter den erforderlichen Vorichtsmaßnahmen zu gewähren sind. Im Interesse der hart betroffenen Mütter, Frauen und Kinder vermisser Krieger ist baldmöglichste Klärung und Wahrung dieser Angelegenheit dringend erforderlich.

Alterrente bei 65 Jahren. Das Gesetz hierüber ist dem Reichstag kürzlich zugegangen. Neben der Herabsetzung der Altersrente bringt der Entwurf noch eine kleine Verbesserung der Waisenbezüge. Die Höhe der Mehrkosten wird auf 5 Millionen geschätzt. Zur Deckung derselben sollen die Wochenbeiträge um 2 Pfg. erhöht werden. Als Tag des Inkrafttretens ist der 1. Januar 1916 vorgeschlagen. Die neuen Marken dagegen sollen erst vom 1. Januar 1917 geklebt werden.

Feldpostbrief.

Ein Kölner Kollege, der in einem Feldlazarett in Rußland liegt, schreibt uns: „Mit großem Interesse lese ich in Nr. 5 des Organs, daß jetzt viele garnisondienst- und arbeitsverwendungsfähige Kollegen wieder den Dienst bei der Straßenbahn aufgenommen haben. Hoffentlich wird der Appell, welcher dort an die Kollegen gerichtet wird, ihre Mitgliedschaft im Verband wieder aufzunehmen, von denselben beherzigt. Haben doch alle während der Zeit, daß sie dem Vaterlande in dieser schweren Zeit gedient haben, an sich selbst und auch von ihren Familien erfahren, was der Verband ihnen während dieser Zeit gewesen ist. Desgleichen ist es aber auch ihre Pflicht, alle nichtorganisierten Kollegen, welche den Dienst wieder mit ihnen aufgenommen haben, davon zu überzeugen, daß auch für sie die Zugehörigkeit zu dem Verbands eine dringende Notwendigkeit ist. Damit erfüllen sie nur eine gewisse Dankspflicht, welche sie den anderen Kollegen gegenüber schuldig sind, denn auch sie und ihre Familien haben doch die Errungenschaften des Verbandes mitgenossen. Ich richte deshalb an alle organisierten Kollegen die Bitte, keine Mühe zu scheuen, diese Kollegen dem Verbands zuzuführen, damit der Verband auch nach dem Kriege in genügender Stärke dasteht. Ja, ich halte es für notwendig, daß sie die Frauen dieser Kollegen auffuchen und ihnen klar machen, was der Verband auch ihnen gewesen ist und sein wird. Desgleichen fiel mir gleich im ersten Artikel derselben Nummer die Frage auf: „Sollen sich die Frauen und Mädchen organisieren?“ In einem anderen Artikel muß ich dann zu meiner Freude feststellen, daß schon eine Anzahl Kolleginnen sich dem Verbands angeschlossen haben und ihre Zahl beständig wächst. Zur Zeit, als Frauen bei der Straßenbahn eingestellt wurden und ich noch nicht zur Fahne einberufen war, wurde diese Frage auch verschiedentlich aufgeworfen. Damals habe ich ihr ziemlich pessimistisch gegenübergestanden, weil ich mir sagte, was hat es für Wert, die Frauen jetzt in den Verband aufzunehmen, da nach dem Kriege diese Kolleginnen wieder den Betrieb verlassen werden? Heute aber, wo der Krieg so lange dauert und auch noch kein Ende zu sehen ist, sage ich mir doch, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, auch die Frauen zu organisieren; haben sie doch fast dieselben Pflichten und eben dieselben Gefahren auszustehen, wie ihre männlichen Kollegen. Desgleichen haben sie auch dasselbe Anrecht auf einen gebührenden Lohn, wie ihre männlichen Kollegen. Auch da bietet sich den daheimgebliebenen und wiederkehrenden Kollegen ein schönes Arbeits-

feld und mir würde es eine große Freude machen, wenn ich jetzt an dieser schönen Sache mitarbeiten und recht viele Kolleginnen dem Verbands zuführen könnte. Aber derweil muß ich hier mit meinem schlimmen Fuße liegen und kann auch dem Vaterlande nicht viel dienen. Werde mich aber mit dem guten Trost abfinden, in der nächsten Nummern lesen zu können, daß die Zahl der Mitglieder stetig im Steigen ist.

In dieser Hoffnung grüßt aus dem fernen Osten vielmals bis auf ein frohes Wiedersehen
Kollege P. B.

Aus den Ortsgruppen.

Nachen. Am Freitag, den 31. März, fand im Lokale Schmitz, in der Franzstraße, eine gutbesuchte Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe verbreitete sich eingehend über den Stand unser erneuten Eingabe zwecks Erhöhung der bestehenden Feuerungszulage. Im Reichen des Burgfriedens hätten auch die Nachener städt. Arbeiter große Opfer zu bringen, sei es hoch bekannt, daß die Sätze der Feuerungszulage sehr gering bemessen wurden. Das sei in Anbetracht der Verschäbung unserer allgemeinen Löhnerhöhung sehr zu bedauern. Da die neue Eingabe noch nicht in Beratung sei, scheinete man die Sache wieder auf die lange Bank schieben zu wollen. Mit dem Lohne sei heute nicht mehr auszukommen, was zur Folge habe, daß der Arbeiter an den Lebensmitteln sparen muß und die weitere Folge ist Unterernährung. Ein schlecht ernährter Arbeiter kann auch für den Betrieb nicht das leisten, was heute allgemein gefordert wird. Den Wünschen der städt. Arbeiter würde man aber auch mehr entgegenkommen zeigen, wenn die Arbeiterschaft Nachens sich mehr organisiere, um dadurch auch unseren Vertretern im Stadtparlament in richtiger Weise den Rücken zu stärken. Wenn nun die städt. Arbeiter Nachens die Schuld an diesen Zuständen selbst mittragen, so muß ein jedes Mitglieed unserer Ortsgruppe eifriger wie bisher für die gewerkschaftliche Organisation agitieren. Wenn in dieser Hinsicht jedes Mitglieed seine Pflicht tut, so kommt auch einmal die Zeit, wo man dem städt. Arbeiter seine Rechte nicht mehr vorenthält. Eine Anzahl Mitglieeder hatten den Wunsch ausgedrückt, das Versammlungslokal mehr ins Zentrum der städt. Betriebe zu verlegen. Es wurde einstimmig beschlossen, die nächsten Versammlungen bei Gregorius, Blücherplatz Nr. 1 stattfinden zu lassen.

Köln. Am 1. Januar 1914 ist das Buch der Reichsversicherungsordnung betr. die Krankenversicherung in Kraft getreten. Das hatte eine starke Verschmelzung der Krankenkassen zur Folge. Viele kleine Betriebskrankenkassen wurden mit Ortskrankenkassen verschmolzen, ebenso viele kleine Ortskrankenkassen einer oder mehreren anderen zugewiesen. Die Leistungsfähigkeit der Kassen ist dadurch meist gesteigert worden. Die Stadt Köln hatte bis zum 31. Dezember 1913 auch drei besondere Betriebskrankenkassen und zwar eine für die Straßenbahnen, eine für die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und eine für die übrigen Betriebe. Diese drei Kassen wurden gleichfalls am 1. Januar 1914 zusammengelegt. Jetzt liegt die Uebersicht über das erste Geschäftsjahr der „Allgemeinen Betriebskrankenkasse der Stadt Köln“ vor, der wir folgende Ziffern entnehmen: Die Mitglieederzahl betrug am Jahresabschluss 1914: 7232 männliche, 530 weibliche, zusammen also 7762. Die Einnahmen betragen 1.182.888 Mk., wovon 549.663 Mk. auf Mitglieederbeiträge entfallen. Die Ausgaben betragen für: Krankenbehandlung durch Ärzte usw. 114.556 Mk., Arzneien und Heilmittel 76.009 Mk., Krankenhausbehandlung 40.721 Mk., Krankenaeld 293.275 Mk., Hausaeld 19.204 Mk., Wochen-Schwangeren und -Stilloeld 693 Mk., Sterbeaeld für Mitglieeder 7.286 Mk., Sterbeaeld für Familienangehörige 7.375 Mk., Verwaltungskosten 7.712 Mk., Sonstige 5.681 Mk. Insaesamt 572.512 Mk. Auffällig ist jedenfalls die Tatsache, daß an Sterbeaeld für Familienangehörige eine höhere Summe verausacht wurde, wie für die Mitglieeder selbst. Am 31. Dezember 1914 war ein Gesamtvermögen von 402.070 Mk. vorhanden.

Köln-Ruhrpark. Unsere Kollegen Hermann Brokowsky, Wilhelm Kaulhausen und Konrad Stak, sämtlich Rutscher, konnten im letzten Monat auf eine 25jährige Dienstzeit beim Rutschenpark Ruhrpark zurückblicken. Wir gratulieren den Kollegen an dieser Stelle zu ihrem Jubiläum.

Würzburg (Straßenbahner). Die bisher gewährten Feuerungszulagen von 3 Mk. pro Monat für jeden Führer und Arbeiter, sowie die Kinderzulagen von 50 Pfg. pro Monat waren vollständig unzureichend. Dazu kam noch, daß sich die sämtlichen Kollegen auf Grund eines Vorschlags der Direktion bereit erklärten, sich monatlich 3 Prozent des Gehaltes für Unterstützung der Kriegerfrauen und deren Kinder in Abzug bringen zu lassen.

Durch diese freiwilligen Abzüge wurden die gewährten Zulagen fast hinfällig. In Anbetracht der immer mehr steigenden Lebenshaltung gerieten einzelne Kollegen trotz größter Sparsamkeit und Einschränkung in Not. Um Abhilfe zu schaffen wurde in einer Versammlung beschlossen, eine Eingabe nach dem Vorschlage des Bezirksleiters an die Direktion zu machen. Rolf Gmelch als Vertreter des Personalausschusses versprach, die Wünsche bei der Direktion nachdrücklich zu vertreten. Die Eingabe hatte den Erfolg, daß die Feuerungszulagen ab 1. Mai verdoppelt, d. h. von 3 auf 6 Mk., die Kinderzulagen von 50 Pfg. auf 1 Mk. pro Kind und Monat erhöht werden. Die sogenannte Kriegsunterstützungskasse wurde aufgelöst und dem Personal die eingezahlten Beiträge am 1. April wieder zurückerstattet. Damit haben die Würzburger Straßenbahner einen guten Erfolg zu verzeichnen. Dem Wunsche, auch während des Krieges den Urlaub zu gewähren oder dafür eine Geldentschädigung zu geben, hat die Generaldirektion der Firma Schudert abgelehnt mit der Begründung, daß in sämtlichen Betrieben der Firma die Urlaube aufgehoben wurden, und eine Ausnahme für den Würzburger Betrieb nicht gemacht werden könne. Die Kollegen in Würzburg haben ihren Erfolg unsterblich dem Verbands zu verdanken. Hätte unser Bezirksleiter nach der ersten, schlecht besuchten Versammlung die Kollegen ihrem Schicksale überlassen, dann wäre es zu einer Neuregelung der Feuerungszulagen nicht gekommen. Die Kollegen möchten aber auch bedenken, daß während des Krieges die Organisation notwendig ist, daß dieselbe auch gerne ihre Pflicht erfüllt. Deshalb müssen auch während des Krieges die Beiträge an die Organisation abgeführt werden. Das liegt im Interesse der zuhause gebliebenen Kollegen, die sich damit ihre Kranken- und Sterbeunterstützungen sichern. Nicht weniger liegt es aber auch im Interesse der im Felde stehenden Kollegen und deren Angehörigen, für die der Verband die Sterbegelder bezahlt, wenn der Ernährer auf dem Felde der Ehre fallen sollte. Bisher hat unser Verband für die Angehörigen gefallener Verbandskollegen schon viele Tausende von Mark an Sterbegelder bezahlt. Das ist nur möglich, wenn auch die Kollegen zuhause gegenüber dem Verbands ihre Pflicht erfüllen.

Gedenktafel.



Es starben unsere Kollegen:

Franz Schindler,

Lokomotivheizer, Düsseldorf.

Hermann Baumann,

Wegebauarbeiter, Köln-Mülheim.

Ehre ihrem Andenken!



Den Heldentod für König und Vaterland erlitten unsere lieben Kollegen:

Karl Hitz,

Straßenbahner, Baden-Baden.

Peter Schinker,
Gemeindearbeiter, Essen.

gefallen am 6. März 1916 bei Zygam.

Wir werden den tapferen Helden ein ehrendes Andenken bewahren.